



Presseschau vom 14.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: "Der feine Unterschied" – Ex-Finanzminister Brandenburgs findet Umgang mit Tesla "bemerkenswert"

Dass der US-Autobauer Tesla vom Land Brandenburg aus Altvermögen gefördert wird, rief einige Empörung hervor. Während Kanzlerkandidat Armin Laschet zusammen mit Tesla-Chef Elon Musk die Forderung nach baldiger Genehmigung betont, findet der Linken-Abgeordnete Christian Görke den Umgang "bemerkenswert". ...

<https://kurz.rt.com/2mez>

de.rt.com: US-Modemagazin Vogue: "Kampf gegen RT-Propaganda-Kampagne war für Psaki charakterbildend"

Die US-Modezeitschrift Vogue hat diese Woche einen Beitrag über die derzeitige Pressesprecherin der Biden-Regierung Jen Psaki veröffentlicht. Psaki hatte 2014 als Pressesprecherin des US-Außenministeriums gearbeitet, als RT ein Video-Ensemble all ihrer sprachlichen Fauxpas veröffentlicht hatte. Die Vogue bezeichnete die Videos als "Propagandakampagne". ...

<https://kurz.rt.com/2maj>

de.rt.com: Russische Animationsserie "Mascha und der Bär" bei Vorschulkindern weltweit am populärsten

Die russische Computeranimationsserie über die Abenteuer des energischen Mädchens Mascha und ihres Freundes, einem Bären, ist nach Angaben der Analyseplattform für Multimedia-Inhalte Parrot Analytics im August 2021 zur weltweit populärsten Show bei Vorschulkindern geworden. ...

<https://kurz.rt.com/2mfk>

Wladislaw Sankin: **Weißrussland ein Jahr nach dem gescheiterten Staatsstreich – eine Bestandaufnahme**

Vor einem Jahr bestimmten dramatische Ereignisse auf den Straßen von Minsk weltweit die Schlagzeilen. Westmedien zeigten Bilderbuchszenen – Bürger protestieren gegen den Langzeitherrscher und seinen Staatsapparat. Aber waren die Proteste wirklich ein Volksaufbegehren? ...

<https://kurz.rt.com/2mdu>

Robert Bridge: **Für "Hochrisiko-Personen": US-Behörden planen Quarantäne-Internierungslager**

Während einige Politiker auf "Impfpässe" drängen und sich Angst vor einer neuen Art medizinischer Apartheid breitmacht, tauchte ein Dokument des US-Epidemieschutzes wieder auf, das Internierungslager für "Hochrisikopersonen" befürwortet – natürlich nur zur Sicherheit. ...

<https://kurz.rt.com/2mei>

abends/nachts:

snews.de: **Dänemark und Norwegen evakuieren Botschaftspersonal aus Kabul**

Die Nato-Länder Dänemark und Norwegen schließen in Anbetracht der raschen Geländegewinne der islamistischen Taliban* in Afghanistan vorübergehend ihre Botschaften in Kabul. Die Mitarbeiter einschließlich der ortsansässigen Kräfte werden evakuiert. Dänemarks Außenminister Jeppe Kofod hat den Abzug sämtlicher Angestellten der dänischen Botschaft in Kabul mehreren Medienberichten zufolge am Freitagnachmittag in einer Pressekonferenz in Kopenhagen angekündigt. Dabei hat er die lokal ansässigen afghanischen Mitarbeiter ausdrücklich einbezogen. Die Botschaft werde vorübergehend geschlossen – den genauen Zeitpunkt der Schließung wollte Kofod aus Sicherheitsgründen nicht nennen. Wenig später hat seine norwegische Amtskollegin, Ine Eriksen Soreide, eine ebensolche Entscheidung verkündet. Es gehe bei dem Schritt vordringlich um die Sicherheit der Angestellten, Entsandten und örtlichen Mitarbeiter.

Das dänische Außenministerium hatte der DPA zufolge erst am späten Mittwohabend mitgeteilt, dass auch den afghanischen Angestellten der dänischen Botschaft sowie den afghanischen Mitarbeitern des dänischen Militärs die Ausreise nach Dänemark mit Ehepartnern und minderjährigen Kindern angeboten werde. Zu dem Zeitpunkt hieß es, die Evakuierung solle so bald wie möglich beginnen und schrittweise ablaufen, damit die Botschaft in Kabul weiter in Betrieb bleiben könne.

Dänemark und Norwegen waren in den vergangenen Jahren als Nato-Mitglieder am Einsatz in Afghanistan beteiligt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0d/3213328_0:175:3016:1872_1920x0_80_0_0_f960cc4f5170190ba0d5bb42105ed311.jpg

snanews.de: **Gericht in Weißrussland sperrt unabhängiges Nachrichtenportal**

Die Behörden in Weißrussland haben unabhängigen Medien einen weiteren Schlag versetzt. Ein Gericht in Minsk machte ein populäres Nachrichtenportal als extremistisch dicht, teilte das Innenministerium am Freitag mit.

Betroffen ist die Seite zerkalo.io, die nach der Sperrung des Portals tut.by unter neuem Namen berichtet. Die Behörden drohten mit Haftstrafen, sollten Inhalte der Webseite auch in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Telegram veröffentlicht werden. Auch das Verbreiten und weiteres Posten führten bereits zu Ordnungsstrafen bis hin zu Arrest, so das Innenministerium.

zerkalo.io will mit Rechtsmitteln gegen die Gerichtsentscheidung vorgehen. Die Redaktion des Portals befindet sich im Ausland.

tut.by war im Zuge der Massenproteste gegen Präsident Alexander Lukaschenko mit seinen Berichten über das Vorgehen der Behörden gegen die Opposition im vergangenen Jahr weit über die Grenzen Weißrusslands hinaus bekannt geworden. Im Frühjahr 2020 wurde die Webseite von den Behörden gesperrt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0d/3214898_0:49:2931:1698_1920x0_80_0_0_792c69a633efb688d570bac15ab7e686.jpg

snanews.de: **Wegen angeblicher Unterstützung von Irans Revolutionsgarden: USA sanktionieren Ölhändlernetzwerk**

Die US-Regierung hat Sanktionen gegen ein internationales Ölhändler-Netzwerk verhängt,

das die sogenannte Quds-Einheit der Islamischen Revolutionsgarde im Iran unterstützen soll. Dies geht aus einer Mitteilung des US-Finanzministeriums hervor.

Betroffen ist demnach der omanische Staatsbürger Mahmood Rashid Amur Al Habsi und ein von ihm geleitetes Netzwerk von Unternehmen. Eines dieser Unternehmen sei in Liberia, ein weiteres in Rumänien und zwei weitere in Oman ansässig.

Al Habsi habe mit hochrangigen Funktionären der Elite-Einheit des Korps der Islamischen Revolutionsgarde zusammengearbeitet und mehrere Unternehmen benutzt, um Lieferungen von iranischem Öl an ausländische Kunden, unter anderem auch in Ostasien, zu erleichtern, heißt es in der Mitteilung, die am Freitag veröffentlicht wurde.

Die Quds-Einheit verwende die Erlöse aus ihren iranischen Erdölverkäufen, „um ihre böartigen Aktivitäten auf Kosten des iranischen Volkes zu finanzieren“, wird die Direktorin des Office of Foreign Assets Control, Andrea M. Gacki, in der Mitteilung zitiert.

Laut der Mitteilung sollen alle Vermögenswerte der betroffenen Person sowie der erwähnten Unternehmen, die der US-Gerichtsbarkeit unterliegen, eingefroren werden. Transaktionen mit sanktionierten Personen und Vermögenswerten seien für US-Bürger untersagt.

Die Vereinigten Staaten hatten die Revolutionsgarden unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump als „Terrorgruppe“ eingestuft. Laut der iranischen Führung handelt es sich dagegen um eine legitime Streitkraft des Landes.

Im Mai 2018 waren die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen und verhängten nach und nach massive Sanktionen gegen Teheran. Im Gegenzug kündigte der Iran ein Jahr später einen schrittweisen Ausstieg aus dem Atomabkommen an.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0d/3215244_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_7167839e0400e3fd4070f83f8ae872fb.jpg

vormittags:

de.rt.com: Vertrauensverlust: Russen trennen sich von ihren Ersparnissen in US-Dollar

Die russische Bevölkerung scheint das Vertrauen in US-Dollar-Anlagen zu verlieren. Im Vergleich zum Vorjahr stießen deutlich mehr Menschen ihre Ersparnisse in der US-Währung ab, wobei deren Kauf in diesem Jahr um fast ein Viertel einbrach.

Russlands Zentralbank kaufte am Donnerstag auf dem Inlandsmarkt Devisen im Wert von 196 Millionen US-Dollar auf, da die russischen Bürger ihre Devisen in der US-Währung verstärkt verkaufen.

Die Finanzkontrollbehörde berichtete, dass die Menschen in Russland in der ersten Hälfte des Jahres 2021 begonnen hatten, häufiger Devisen zu tauschen. Das Volumen der im Juni umgetauschten Fremdwährungen war allgemein im Vergleich zum Vorjahr um 29 Prozent gestiegen, wobei der durchschnittliche Betrag bei 1.000 US-Dollar gelegen hatte, berichtete die Tageszeitung Iswestija.

Die Russen scheinen zunehmend daran interessiert zu sein, besonders ihre Ersparnisse in US-Dollar loszuwerden, wobei die Verkäufe im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent stiegen. Der Erwerb der US-Währung im Zeitraum Januar bis Juni 2021 ging um 24 Prozent zurück. Beim Euro war die Situation umgekehrt: Die Russen verkauften 22 Prozent weniger als im Jahr 2020 und kauften 29 Prozent mehr.

Das Volumen der auf dem heimischen Markt verkauften Währung belief sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf insgesamt 1,685 Billionen Rubel (19,5 Milliarden Euro). Inzwischen meldete die russische Zentralbank auch einen Anstieg der Devisenverkäufe an Ausländer. Im Juli hatten diese auf dem russischen Markt internationale Währungen im Wert von 61 Milliarden Rubel (707,6 Millionen Euro) gekauft, so die Daten aus der Erhebung der Aufsichtsbehörde über Finanzmarktrisiken. Die Zentralbank erklärte:

"Beim Devisenhandel gab es einen Anstieg der Nachfrage nach ausländischen Währungen bei Ausländern. (...) Im Allgemeinen gab es im Juli keinen Mangel an Devisenliquidität, der Rubel wurde am Ende des Monats gegenüber dem US-Dollar und dem Euro stärker."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61169056b480cc705b463903.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13 . August 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Afghanistan: Westen zieht eilig Personal ab – Washington wirft Kabul mangelnde Kampfbereitschaft vor**

Die Taliban erobern rasch immer größere Teile Afghanistans. Angesichts der sich verschlimmernden Sicherheitslage treiben westliche Staaten den Abzug ihres Personals aus dem Land voran. Derweil werfen die USA der Regierung in Kabul mangelnde Kampfbereitschaft vor.

Westliche Staaten beschleunigen ihre Bemühungen, um ihr eigenes Personal und afghanische Ortskräfte vor den rasch vorrückenden Taliban in Sicherheit zu bringen. Das US-Außenministerium kündigte an, dass die dazu gedachte Verstärkung für die US-Truppen in Afghanistan von rund 3.000 Soldaten bis Sonntag größtenteils in Kabul sein werde.

Der britische Premierminister Boris Johnson sagte, Mitarbeiter der britischen Botschaft sollten Kabul binnen Tagen verlassen. Kanada erklärte sich bereit, bis zu 20.000 afghanische Bürger aus den von den Taliban bedrohten Gruppen aufzunehmen. Auch Bundesaußenminister Heiko Maas teilte mit, Deutschland werde das Botschaftspersonal auf das "absolute Minimum" reduzieren. Das Personal und Ortskräfte sollten ihm zufolge mit zwei Flugzeugen ausgeflogen werden.

Vor diesem Hintergrund warf die US-Regierung der afghanischen Führung und den örtlichen Sicherheitskräften angesichts des Vormarsches der Taliban mangelnde Kampfbereitschaft vor.

Wie der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, dem Fernsehsender CNN sagte, sei es "beunruhigend" zu sehen, dass die politische und militärische Führung nicht den "Willen" gehabt habe, sich dem Vormarsch der militanten Islamisten zu widersetzen. Die USA hätten den "fehlenden Widerstand" durch die afghanischen Streitkräfte nicht vorhersehen können. Die afghanischen Sicherheitskräfte seien den Taliban in Bezug auf Ausrüstung, Training und Truppenstärke überlegen und verfügten über eine eigene Luftwaffe. Der Pentagon-Sprecher betonte, die US-Streitkräfte könnten täglich Tausende Menschen aus Kabul evakuieren. Die Kapazität für den Lufttransport sei "kein Problem". Kabul sei momentan nicht "unmittelbar bedroht". Die Taliban versuchten, die Hauptstadt zu isolieren. UN-Generalsekretär António Guterres forderte zugleich die Taliban zur sofortigen Einstellung ihres gewaltsamen Vormarsches in Afghanistan auf. Die Macht durch militärische Gewalt an sich zu reißen, sei ein zum Scheitern verurteiltes Vorgehen. Es könne nur zu einem verlängerten Bürgerkrieg oder der kompletten Isolation von Afghanistan führen. Die Situation bereite ihm große Sorge, sagte Guterres am Freitag vor Journalisten in New York. Afghanistan gerate außer Kontrolle.

Die militant-islamistischen Taliban haben mittlerweile mehr als die Hälfte der 34 Provinzhauptstädte unter ihre Kontrolle gebracht. Am Donnerstag und Freitag fielen mit Herat und Kandahar auch die dritt- und zweitgrößte Stadt des Landes an die Islamisten. Mit Pul-i Alam in der Provinz Logar nahmen die Taliban auch eine Provinzhauptstadt nur rund 70 Kilometer südlich der Hauptstadt Kabul ein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61176a57b480cc5ab40f3cbe.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. August 3:00 Uhr bis 14. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Losowoje**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im

Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 18.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Sie haben den „mutigen Beschluss gefasst“: Venezuelas Regierung und Opposition vereinbaren Dialog**

Nach einem jahrelangen Konflikt wollen sich die Regierung und die Opposition Venezuelas wieder an den Verhandlungstisch setzen. Das bestätigte der Chef der norwegischen Vermittlungsdelegation Dag Nylander bei einer Auftakt-Zeremonie in Mexiko-Stadt, wo die Gespräche stattfinden sollen.

Ihm zufolge haben die Seiten „den mutigen Beschluss gefasst, einen umfassenden Verhandlungsprozess einzuleiten“.

„Norwegen bestätigt, dass sich die Regierung Venezuelas und die Einheitsplattform Venezuelas in der Endphase der Sondierungsgespräche befinden, mit dem Ziel, Verhandlungen in Mexiko aufzunehmen, die von Norwegen erleichtert werden“, twitterte das norwegische Außenministerium.

Das skandinavische Land agiert bei den Verhandlungen in Mexiko als Vermittler. An den Gesprächen sollen sich neun Delegierte jeder Seite beteiligen. Die Opposition fordere freie Wahlen und die Freilassung der politischen Gefangenen. Hingegen strebe die sozialistische Regierung nach einer Milderung der internationalen Sanktionen.

Die Niederlande und Russland sitzen den Angaben zufolge auf Seiten der Opposition beziehungsweise der Regierung mit am Tisch.

„Ich bestätige, dass das norwegische Außenministerium uns mitgeteilt hat, dass die am Dialog über Venezuela teilnehmenden Parteien in die letzte Phase ihrer Sondierungsgespräche eingetreten sind, um Verhandlungen in unserem Land aufzunehmen“, teilte der mexikanische Außenminister, Marcelo Ebrard, via Twitter mit.

Bisher waren Verhandlungen über die Aufnahme eines solchen Dialogs zwischen Regierung und Opposition gescheitert.

„Wir gehen mit Vorsicht und nicht allzu hohen Erwartungen an diesen Prozess heran. Aber die Notlage kann nicht länger warten“, sagte ein Vertreter der Opposition im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur in Mexiko.

Machtkampf in Venezuela

Venezuela steckt in einer schweren Wirtschaftskrise. Aus Mangel an Devisen und wegen zahlreicher US-Sanktionen kann es kaum noch Lebensmittel, Medikamente und Bedarfsgüter des täglichen Lebens importieren. Inzwischen haben Millionen Venezolaner ihre Heimat verlassen.

Zudem wird das einst reiche Land seit fast zwei Jahren von einem Machtkampf zwischen der Regierung von Staatschef Nicolas Maduro und dem selbst ernannten Interimspräsidenten, Juan Guaido, gelähmt. Guaido wurde von zahlreichen Ländern als legitimer Staatschef anerkannt - darunter Deutschland und die USA. Allerdings gelang es ihm bislang nicht, sich gegen Maduro durchzusetzen. Ende 2020 verlor die Opposition zudem ihre Mehrheit im Parlament.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0e/3217130_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_e1b6f9dbb81962783d1a26490dbb2c9e.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 14. August um 9:00 Uhr 7716 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6071 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 702 Todesfälle.

snaneews.de: **Migranten an der Grenze: Laschet wirft Lukaschenko „menschenverachtendes Spiel“ vor**

Unionskanzlerkandidat Armin Laschet hat gefordert, den Druck auf Alexander Lukaschenko zu erhöhen. Der CDU-Politiker wirft dem belarussischen Langzeitpräsidenten vor, Flüchtlinge aus Nahost absichtlich an die EU-Grenze zu bringen, um eine Krise wie 2015 auszulösen.

„Lukaschenko will Europa jetzt unter Druck setzen und holt im hohem Umfang Flüchtlinge aus dem Irak, die kostenlos nach Belarus fliegen“, sagte Laschet am Freitagabend bei einer Diskussion mit Bürgern in Bad Kreuznach.

Sie würden dann zu Tausenden an die litauische Grenze gebracht und machten sich von dort irgendwann auf den Weg nach Deutschland.

„Er will ein neues Problem erzeugen wie 2015“, so der Unionskanzlerkandidat laut der DPA. „Das ist ein menschenverachtendes Spiel.“

Auch die Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan, „wo wir Tag für Tag erleben, welche Provinz fällt“, könne zu Flüchtlingsbewegungen führen, warnte der CDU-Vorsitzende. Die internationale Politik spiele im Wahlkampf bisher keine große Rolle, sei aber auch für das Leben in Deutschland wichtig.

Wie SNA berichtete, hatte Lukaschenko als Reaktion auf die westlichen Sanktionen angekündigt, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten auf ihrem Weg in die EU passieren zu lassen. Seit Anfang Juli melden die Länder in der Nachbarschaft von Belarus einen erhöhten Zustrom illegaler Migranten.

Litauen, das eine fast 680 Kilometer lange Grenze zu Belarus hat, ist am schwersten betroffen und musste die EU um Hilfe bitten. In der litauischen Bevölkerung regte sich zunehmend Widerstand. Laut der DPA demonstrierten Ende Juli die Bewohner mehrerer Grenzorte gegen die Errichtung von neuen Unterkünften für die Migranten. Dabei kam es zu Straßenblockaden und Handgreiflichkeiten mit der Polizei.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1c/2997049_0:122:3395:2032_1920x0_80_0_0_a671ae306d58ee29e610a61c9f04fb21.jpg

Mzdnr.ru: Am 13. August wurden in der DVR 921 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt davon waren 377 positiv, bei 77 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 14. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 52.009 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5106 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 43.095 als gesund entlassen, es gibt 3808 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 160 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 17 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 100 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2035 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 787 mit Sauerstoffunterstützung (+52 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2244 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

sputnik.by: **Mitarbeiter der US-Botschaft in Kabul beginnen, geheime Dokumente zu vernichten**

Die USA schickten 3.000 Soldaten nach Afghanistan, um die Evakuierung von Zivilisten aus der Botschaft in Kabul zu beschleunigen.

Das US-Verteidigungsministerium bereitet die Evakuierung der gesamten US-Botschaft in Kabul vor, berichtet Politico unter Berufung auf informierte Quellen.

Nach der Ankündigung des Abzugs der amerikanischen Truppen startete die (in Russland verbotene) Terrorgruppe Taliban eine Offensive gegen die Stellungen der afghanischen Armee. Berichten zufolge haben die Taliban die Kontrolle über bis zu 85 % des Territoriums des Landes übernommen, einschließlich der Grenzgebiete zu Nachbarstaaten - Iran, China, Pakistan, Tadschikistan und Turkmenistan. Sie kamen inzwischen der Hauptstadt Afghanistans nahe.

Laut der Quelle hält das Pentagon eine vollständige Evakuierung der Botschaft für "unvermeidlich". Im Zusammenhang mit dem Vormarsch der Taliban auf Kabul wurden Mitarbeiter der amerikanischen diplomatischen Vertretung am Vortag angewiesen, mit der Vernichtung geheimer Dokumente und Ausrüstung zu beginnen.

Außerdem müssen "alle Dokumente mit dem Bild der amerikanischen Flagge ... die für Propagandazwecke missbraucht werden können" vernichtet werden, schreibt die Zeitung. Pentagon-Sprecher John Kirby merkte an, Washington sei besorgt über das Tempo der Taliban-Offensive, glaube jedoch, dass es keine unmittelbare Bedrohung durch ihre

Eroberung Kabuls gebe, obwohl die Taliban versuchen, die Hauptstadt Afghanistans zu isolieren.

US-Präsident Joe Biden habe am Samstag ein Treffen zu Afghanistan abgehalten, teilte das Weiße Haus mit.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/104293/14/1042931474_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_66ab12b668c05dbf5d2bce0980d4e65e.jpg

nachmittags:

snanews.de: Löschflugzeug stürzt im Süden der Türkei ab – acht Tote

Bei Löscharbeiten in der Nähe der türkischen Stadt Kahramanmaraş ist ein Löschflugzeug des Typs Be-200 abgestürzt. An Bord befanden sich nach Angaben lokaler Medien acht Menschen, die bei dem Absturz ums Leben gekommen sind. Die Absturzursache ist noch unklar.

Das Flugzeug hatte die Türkei beim russischen Verteidigungsministerium für Feuerlöschsätze gemietet. Unter der Besatzung befanden sich nach Angaben des Verteidigungsministeriums fünf russische Militärangehörige sowie drei Vertreter der Türkei. Um die Ursachen des Unfalls zu untersuchen, wurde eine Kommission des russischen Verteidigungsministeriums zur Absturzstelle entsandt. Auch die Mitarbeiter der russischen Botschaft in Ankara seien auf dem Weg zur Absturzstelle.

Nach Angaben des Senders NTV beteiligte sich das Flugzeug an Löscharbeiten in der Provinz Muğla. Kurz nach Beginn des Löscheinsatzes brach der Kontakt mit dem Flugzeug ab. Nach der Wasseraufnahme konnte das Flugzeug den Angaben zufolge nicht die gewünschte Höhe erreichen und zerschellte an Felsen.

Seit Ende Juli waren in der Türkei mehr als 200 Feuer ausgebrochen, darunter 16 große Waldbrände. Mehr als die Hälfte der 81 Provinzen waren betroffen. Besonders in den Küstenprovinzen Antalya und Mugla hat das Feuer große Zerstörungen angerichtet. Mindestens acht Menschen kamen ums Leben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0e/3220911_0:35:1703:992_1920x0_80_0_0_235e38a763db56d282867edef2da2a26.jpg

de.rt.com: **Taliban rücken weiter vor: Bundeswehr-Spezialkräfte bereiten Evakuierungseinsatz in Kabul vor**

Die Bundeswehr hat mit Vorbereitungen für einen stark abgesicherten Einsatz zur Evakuierung von deutschen Staatsbürgern und Ortskräften aus Afghanistan begonnen. Dazu wird ein vom Bundestag zu verabschiedendes Mandat vorbereitet, auf das in den vergangenen Tagen vor allem Militärexperten drängten.

Zum Einsatz sollen in der kommenden Woche vor allem Fallschirmjäger der Division Schnelle Kräfte (DSK) kommen, die die Bundeswehr als Teil der Nationalen Risiko- und Krisenvorsorge für diese Aufgabe bereithält.

Ein Evakuierungseinsatz gilt als mandatierungspflichtig, weil eine Basis für das bisherige Mandat nach dem Ende des Nato-Einsatzes "Resolute Support" als nicht mehr gegeben gilt. Dass es zu diesem Einsatz kommen muss, gilt als weitgehend unstrittig.

In Afghanistan befinden sich derzeit noch deutlich über 100 deutsche Staatsbürger, darunter auch die Diplomaten und Mitarbeiter der Botschaft in Kabul sowie Experten anderer Ministerien und Organisationen. Ebenso sollen Ortskräfte ausgeflogen werden. Deren genaue Zahl ist aber noch unklar. So haben allein Organisationen aus dem Geschäftsbereich des Bundesentwicklungsministeriums derzeit noch mehr als 1.000 einheimische Mitarbeiter in Afghanistan.

Als Mindestvoraussetzung gilt bei Gefahr im Verzug - also wenn es um Leib und Leben von Deutschen im Ausland geht - ein Beschluss des Bundeskabinetts als erster Schritt für einen Einsatz, dem ein Beschluss des Bundestages folgen kann.

Die militant-islamistischen Taliban setzten ihren Vormarsch in Afghanistan am Samstag fort und rückten dabei immer näher an die Hauptstadt Kabul heran. Am Morgen habe es Gefechte um Maidan Schar gegeben, Hauptstadt der rund 35 Kilometer von Kabul gelegenen Provinz Maidan Wardak, sagte die Abgeordnete Hamida Akbari der Deutschen Presse-Agentur. Die Taliban beherrschten bereits einen Großteil der Bezirke in der Provinz.

Währenddessen erklärte der Parlamentarische Staatssekretär a.D. im Bundesverteidigungsministerium und einstiger CDU-Generalsekretär, Peter Tauber, den Einsatz in Afghanistan zu einem Erfolg. Die Bundeswehr habe ihre Aufträge der Politik erfolgreich durchgeführt "und siegreich gekämpft".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6117b9eb48fbef25235e47d8.jpg>

snanews.de: **Timanowskaja über Flucht aus Belarus: „Für mich gibt es kein Zurück“**

Die 24-jährige belarussische Leichtathletin Kristina Timanowskaja hat im „Zeit“-Interview am Samstag offenbart, dass sie sich nach ihrer Flucht nicht als Symbol der Freiheit fühle. Nach ihrer Landung in Polen hatte sie eine harte Zeit und sie macht sich auch dort weiterhin Sorgen um ihre Sicherheit.

„Vielleicht bin ich eher ein Beispiel dafür, dass man keine Angst haben sollte, dass man nicht schweigen sollte. Obwohl ich selbst lange Angst hatte und lange geschwiegen habe. Aber ich hatte weniger Angst um mich als um meinen Mann und meine Eltern“.

Nach dem 9. August sei es für sie eine schwere Zeit gewesen. Sie habe zwei Wochen pausieren müssen, so Timanowskaja. Zu der Zeit habe sie auch eine Art Depression gehabt und daher versucht, sich keinen negativen Nachrichten auszusetzen. Dann habe sie aber natürlich mitbekommen, wie die Leute, die einfach nur bei einer Demonstration waren, entlassen wurden, wie sie geschlagen wurden und wie sie ins Gefängnis kamen.

Das ganze Jahr habe sie aus Angst vor den Folgen versucht, alles so zu formulieren, dass sie „nichts Politisches“ sage. Sie liebe zwar ihr Land, Belarus sei ihre Heimat. Aber für sie „gibt es kein Zurück“:

„Ich habe nichts mehr zu verbergen, im Gegenteil: Ich hätte gerne, dass auch alle anderen Belarussen die Wahrheit sagen. Es ist aber ganz klar, dass diejenigen, die in Belarus leben, das nicht so einfach können. Wenn sie etwas Kritisches sagen, kommen sie sofort ins Gefängnis“.

Olympia-Skandal um belarussische Leichtathletin

Timanowskaja hätte bei den Olympischen Sommerspielen in Tokio im 200-Meter-Sprint der Damen für ihr Heimatland Weißrussland antreten sollen.

Dann sollte sie aber nach eigenen Angaben nach einem Konflikt mit Sportfunktionären bei den Olympischen Spielen in Tokio gegen ihren Willen in ihr Heimatland zurückgebracht werden, das von Präsident Alexander Lukaschenko autoritär regiert wird.

Sie hatte sich dann an die japanische Polizei und das IOC gewandt. Der Sportlerin hatten mehrere Staaten Hilfe oder Asyl angeboten. Derzeit befindet sie sich in Polen, das ihr ein humanitäres Visum erteilt hat.

Anfang August hatte das belarussische NOK erklärt, dass Timanowskaja „aufgrund ihres emotionalen und psychischen Zustands“ nicht mehr an den Olympischen Spielen teilnehmen könne.

Nach der weithin als gefälscht geltenden Präsidentenwahl am 9. August 2020 war es in der Ex-Sowjetrepublik zu Massendemonstrationen gegen Lukaschenko gekommen. Von dem massiven Vorgehen der Regierung gegen Oppositionelle und Andersdenkende waren auch Sportler betroffen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/05/3104617_0:0:2961:1666_1920x0_80_0_0_e2dbfe7fd08d77e8da911cabb63b6c9.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 14.08.2021**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Brigade **Losowoje** mit automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Granatwerfern beschossen.

Die Fälle von Beschuss wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde ein Verstoß von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Kämpfer der 28. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Marjinka einen Beschuss der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk durchgeführt und vier Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 23 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

ein Abwehrgeschütz „Schilka“ aus dem Bestand der 128. Gebirgsschirmbrigade in der Nähe eines Wohngebiets in Tschernenko;

drei gepanzerte Reparatur- und Bergungsfahrzeug aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade in einem Wohngebiet von Nowoselowka Wtoraja;

13 Schützenpanzer aus dem Bestand der 10. Gebirgsschirmbrigade in der Nähe von Wohnhäusern in Walentinowka und sechs Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ an einer Eisenbahnstation in Konstantinowka.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10., 25. und 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Krasnogorowka, Suchaja Balka und Mirnoje zu blockieren.

Wir setzen die Ermittlungsmaßnahmen mit dem freiwillig auf unsere Seite übergegangenen aktiven Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Witalij fort.

Bei der Ermittlung der Ursachen seines Übergangs wurde festgestellt, dass der Soldat

Vertragsdienst in einer Einheit in der OOS-Zone leistete, aber angesichts der geringen materiell-technischen Ausstattung sowie ständiger Ausschreitungen ihm gegenüber durch Soldaten mit langen Dienstzeiten und des fehlenden Schutzes von Seiten der Kommandeure beschloss, den Dienst in den ukrainischen Streitkräften zu beenden, was er seinem Kommando in schriftlicher Form mitteilte.

Weil das Personaldefizit in den Verbänden der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone zwischen 45 und 68 Prozent schwankt, hat die Führung jeden ukrainischen Soldaten im Blick. Witalij wurde die Entlassung aus den ukrainischen Streitkräften verweigert, mehr noch, das Kommando drohte damit, ein Strafverfahren gegen ihn wegen Verlust oder Beschädigung irgendwelchen militärischen Materials einzuleiten.

Zurzeit ermitteln unsere Spezialdienstse, ob Witalij an Verbrechen gegen die Volksrepubliken beteiligt war, was es erlaubt, eine weitere Entscheidung über sein Schicksal zu treffen. Wenn es solche Verbrechen nicht gibt, wird er freigelassen und kann in der DVR bleiben.

Es ist wichtig anzumerken, dass Witalij uns zur Bestätigung der Freiwilligkeit seines Übergangs eine große Zahl von dienstlichen Dokumenten seines Verbandes mit verschiedenen Geheimhaltungssiegeln übergeben, die die organisatorische und personelle Struktur der Einheiten, das kämpfende und sonstige Personal sowie Personaldaten von Soldaten enthalten und deren Beteiligung an Verbrechen gegen das Volk des Donbass beweisen. Die Dokumente werden zurzeit von unseren Spezialisten studiert. Dieser Sachverhalt wird auch bei der Entscheidung über die Entlassung von Witalij aus der Haft berücksichtigt werden.

Die Sachverhalte, die uns von dem Soldaten Witalij berichtet wurden, werden auch von unserer Aufklärung bestätigt.

So arbeiten nach uns vorliegenden Informationen in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone zur Zeit Kommission der Stäbe der operativ-taktischen Gruppierungen „Ost“ und „Nord“, die Aufgabe haben, die Ursachen dafür zu ermitteln, warum 90% der Soldaten sich weigern, ihren Vertrag bei seinem Auslaufen zu verlängern.

Bei den Gesprächen mit dem Personals sowie anonymen Umfragen wurden die grundlegenden Ursachen ermittelt – das geringe Niveau des Solds, der dem Level der Gefahr in der OOS nicht entspricht, sowie nicht zufriedenstellenden Bedingungen für den Militärdienst und die Überschreitung der dienstlichen vollmachten und die Verletzung der Regeln der gegenseitigen Beziehungen von Seiten des kommandierenden Personals.

Im Ergebnis der Überprüfung wird im Stab der OOS ein Bericht an den Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Schaptala erstellt werden mit Vorschlägen zur Erhöhung des Prestiges des Dienstes in der ukrainischen Armee.

de.rt.com: Taliban-Sprecher im Exklusiv-Interview mit RT: Heiko Maas' Drohung entbehrt jeder Logik

Die Taliban setzen ihre Offensive in Afghanistan fort. Sie stehen kurz vor Kabul und haben schon mehrere Provinzen unter ihrer Kontrolle. Vertreter der Regierung und der Taliban führen indes Friedensgespräche in Katar. RT hat mit Mohammad Naim, Mitglied des politischen Büros der Taliban, gesprochen.

Die arabischsprachige Redaktion des Fernsehsenders RT hat in ihrem Programm Newsmaker mit dem offiziellen Sprecher des politischen Büros der Taliban in Katar Mohammad Naim gesprochen. Das Interview fand am 12. August statt. Der hochrangige Taliban-Vertreter beantwortete die Fragen des Journalisten Kamal Omane per Videoschalte aus der katarischen Hauptstadt Doha.

Den schnellen Vormarsch der Taliban in Afghanistan erklärte Naim unter anderem mit den Handlungen der Regierung in Kabul. Während die Bewegung für die Zeit des vergangenen Opferfestes alle Kampfhandlungen eingestellt und Hunderte von Häftlingen freigelassen habe, habe die Regierung in Kabul bereits am zweiten Tag des Festes den Taliban den Krieg erklärt.

Die Armee habe mehrere Städte unter Beschuss genommen.

"Den Regierungstruppen gelang es nicht, die Stellungen der Taliban zu beschießen. Dabei nahmen sie friedliche Zivilisten, Krankenhäuser, Universitäten, Moscheen, Schulen, Werke und Geschäfte unter Beschuss. Das war ein Völkermord."

Obwohl das Islamische Emirat zuvor auf eine Entspannung der Situation gehofft habe, habe es auf diesen Genozid reagieren müssen.

Der Taliban-Vertreter ließ die Behauptungen der afghanischen Führung nicht gelten, wonach die jetzige Militäroperation nur eine Gegenreaktion auf die Handlungen und die Offensive der Taliban sei. Naim zufolge hat es in den meisten Provinzen, die jüngst unter die Kontrolle der Bewegung übergegangen sind, keine Militärhandlungen gegeben.

"Das afghanische Volk liebt das Islamische Emirat. Das Volk hat dessen Kräfte in vielen Gebieten und Städten des Landes begrüßt. Das ist ein offenes Geheimnis. Sie werden sicher Videos gesehen haben, in denen Einheimische Taliban-Kämpfer begrüßen und sich freuen."

Die meisten Provinzen seien freiwillig unter die Kontrolle der Taliban übergegangen. Das Problem sei die Regierung, die versucht habe, diese Provinzen mit Gewalt zurückzuerobern. Auf die Frage des RT-Journalisten, ob die Taliban mit dem jüngsten Vorschlag der Regierung in Kabul einverstanden sei, die Macht zu teilen, antwortete der Sprecher des politischen Büros der Bewegung in Katar, dass das Ziel der Bewegung keine Ämter seien. Man habe nur zwei wichtigste Ziele. Dies seien die Unabhängigkeit des Landes und der Aufbau eines starken islamischen Regimes.

"Wenn unser Ziel die Macht wäre, dann wären wir bereits im Jahr 2001 an der Macht gewesen."

Die Bewegung halte seit dem Jahr 2001 an ihrer Position fest, die darin bestehe, Probleme und Krisen auf friedlichem Weg zu lösen.

Angesichts einer möglichen internationalen Isolation Afghanistans sagte Naim, dass die Taliban gute Beziehungen zu allen Ländern der Welt haben möchten. Das betreffe vor allem die Nachbarstaaten, mit denen man derzeit in Kontakt stehe. Man wolle aber auch, dass sich die internationale Gemeinschaft klar darüber werde, wer das afghanische Volk vertrete.

"Sie wissen, dass hier Korruption, Moralzersetzung, finanzielle Korruption und Korruption in der Verwaltung herrschen. Gleichzeitig unterstützen sie hartnäckig dieses Regime, dass sich selbst nicht kontrolliert. Wie kann das dem Volk dienen?"

Der Taliban-Sprecher kritisierte die westlichen Staaten, dass sie dem afghanischen Volk etwas aufzwingen, das es gar nicht möchte und das den Werten des Volkes widerspreche.

Naim kritisierte außerdem die Erklärung des deutschen Außenministers Heiko Maas, wonach die Bundesregierung Afghanistan nicht mehr finanziell unterstützen werde, sollten die Taliban an die Macht kommen und die Scharia einführen. Diese Logik habe weder Hand noch Fuß.

"Der Islam ist die Religion des Volkes. Der Islam ist der Grundsatz des afghanischen Volkes. Muslime machen 99 Prozent des afghanischen Volkes aus. Selbst wenn man den internationalen Prinzipien, sogar der Demokratie, zu der sie aufrufen, folgt: Wie kann man gegen den Willen, die Prinzipien und die Werte des Volkes handeln?"

Die internationale Gemeinschaft dürfe Afghanistan helfen, aber nicht auf Kosten seiner Werte. Man dürfe das Volk nicht dazu zwingen, auf seine Prinzipien zu verzichten. Das widerspreche jeder Logik.

Der Taliban-Vertreter versuchte auch, die Sorgen zu zerstreuen, dass die Terrornetzwerke al-Qaida und "Islamischer Staat" im Land erneut Fuß fassen könnten. Naim zufolge kontrolliert die Bewegung ihr Territorium. Es gebe keine Probleme. Die Grenze zu Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan, Pakistan und dem Iran werde kontrolliert. Man stehe in Kontakt mit den Nachbarländern. Die Pläne der Türkei, ihre Militärkräfte am Flughafen Kabul zu stationieren, kommentierte das Mitglied des politischen Büros der Bewegung in Katar wie folgt:

"Alle ausländischen Truppen sollen aus unserem Land abgezogen werden. Wir werden es

niemandem erlauben, unsere Souveränität zu verletzen."

Zwar sei die Türkei ein muslimisches Land. Trotz aller historischer, kultureller und positiver Beziehungen solle es aber gewisse Grenzen zwischen den Brudervölkern geben. In Bezug auf eine mögliche Rückkehr der USA in die Region sagte Naim, dass die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des afghanischen Volkes keinen Nutzen bringe. Die US-Präsenz spitze die Situation nur zu.

Der Sprecher der Taliban teilte mit, dass der künftige Staatsaufbau im Land auf dem Verhandlungstisch sei. Darüber habe das afghanische Volk zu entscheiden. Die Taliban möchten diese Frage mit anderen Akteuren in Afghanistan erörtern und zu einem Konsens kommen. Die Afghanen wüssten besser, welche Regierungsform den Interessen des Volkes und des Landes entspreche. Naim wies außerdem darauf hin, dass die Taliban mehrmals eine Amnestie angekündigt hätten. Diese beträfe auch die Dolmetscher, die für die USA gearbeitet hatten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6117c3e848fbef25105a7d0a.jpg>